

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Die Währungsentwicklung in der Sowjetzone

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1957) : Die Währungsentwicklung in der Sowjetzone, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 37, Iss. 11, pp. 641-646

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132559>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

hängig ist, mehr oder weniger auf den Aufbau eines solchen Industriezweiges verzichten kann, denn auch von der Luftfahrtforschung gehen Impulse aus, die wiederum Anstoß zu vielversprechenden Neuentwicklungen auf anderen Gebieten geben.

CHANCEN DER LUFTFAHRTINDUSTRIE

Trotz der zahlreichen Schwierigkeiten, die dem Aufbau der deutschen Luftfahrtindustrie entgegenstehen, hat sie ihre Daseinsberechtigung nicht verloren. Denn noch harren allzu viele Probleme der Luftfahrt ihrer Lösung. Daher kann auch auf den deutschen Beitrag nicht verzichtet werden.

Neben dem noch nicht gemeisterten Problem der Verkürzung der Start- und Landestrecken für Düsenflugzeuge stecken auch der Senkrechtstart und die Senkrechtlandung noch in den Anfängen der Entwicklung. Dasselbe gilt auch für den Staustrahlantrieb. Gerade auf diesen Gebieten eröffnen sich der Luftfahrtindustrie ungeahnte Möglichkeiten. Weiter ruft man auf

der ganzen Welt nach einer Passagiermaschine für Kurz- und Mittelstrecken, die hohe Reisegeschwindigkeiten bei kurzer Start- und Landestrecke aufweist. Desgleichen ist auch beim Hubschrauber in technischer Hinsicht das letzte Wort noch nicht gesprochen worden. Auch der Bau von Kleinmaschinen für Private und Vereine bietet noch gewisse Chancen.

Mit Recht wurde daher auf der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Deutschen Luftfahrtindustrie 1956 ausgeführt, daß es „in absehbarer Zeit gelingen wird, für ganz neue Konstruktionen einen gewissen Anteil am Weltmarkt zu gewinnen“. Mit dem über kurz oder lang erfolgenden Übergang zu Fernlenk Waffen, die an die Stelle des bemannten Flugzeuges treten, wird sich die Luftfahrtindustrie der ganzen Welt aller Voraussicht nach mehr als bisher den Problemen der Zivilluftfahrt zuwenden müssen. Die Chancen der deutschen Luftfahrtindustrie dürften bei einer entsprechenden staatlichen Förderung in der Gegenwart nicht die schlechtesten sein.

Die Währungsentwicklung in der Sowjetzone

Von einem Korrespondenten

Im Gegensatz zur DM-West kann die DM-Ost nicht als Währung im klassischen Sinne angesprochen werden. Die DM-Ost erfüllt nicht alle Funktionen, die von einem als Währung anerkannten Zahlungsmittel erwartet werden müssen, und zwar gilt das sowohl international als auch regional. International leistet sie weder Zahlungs- noch Kapitalverkehrsfunktionen. Das staatliche Außenhandels- und Devisenregime der Sowjetzone macht die Notwendigkeit einer solchen Währungsfunktion überflüssig. Die gegenüber den Weltwährungen festgesetzten Zwangskurse der DM-Ost finden nur im eigenen Hoheitsgebiet Anerkennung, während die verhältnismäßig bescheidenen Ostmarkbeträge, die als Flucht- oder Spekulationsgeld ins Ausland gelangen, einem Freikurs unterworfen sind, der weder auf der binnen- noch auf der weltwirtschaftlichen Kaufkraft fußt. Aber auch binnenwirtschaftlich ist die DM-Ost nicht als vollgültiges Geld anzusprechen. Sie ist lediglich Zahlungsmittel der Konsumenten. Aber auch in dieser Funktion ist sie nicht neutral, wie man es von einem Zahlungsmittel erwartet, sondern durch Preismanipulationen innerhalb verschiedener Waren- und Nutzungskategorien einer vielfachen Kursspaltung ausgesetzt, die sozialpolitischen — häufig auch rein politischen — Zielsetzungen dient. Im Bereich der Produktionswirtschaft gilt die DM-Ost aber auch nicht mehr als Zahlungsmittel, sondern lediglich als Verrechnungseinheit im Rahmen der Produktionspläne, die eine Plankontrolle gestattet. Mit diesem Funktionswandel hat die DM-Ost den Charakter als Wertmesser des Wirtschaftens verloren. Sie ist nur noch ein Zwischenglied im Rahmen eines geldlosen „Produktentausches“. Diesen fundamentalen Funktions-

unterschied muß man beachten, wenn man die Währungsentwicklung in der Sowjetzone volkswirtschaftlich beurteilen will.

VON DER REICHSMARK ZUR OSTMARK

Die DM-Ost ist von den sowjetischen Besatzungsorganen und den Behörden der Sowjetzone aus der alten Reichsmark entwickelt worden. Die Umwandlung war ein Prozeß, der in der Währungsreform vom 21. Juni 1948 einen ersten Höhepunkt erreichte, sich allerdings — anders als im Westen — nicht auf diesen Währungsschnitt beschränkte. Als ersten Schritt in dieser Entwicklung bezeichnet die Fachliteratur der Sowjetzone die Schließung der Altbanken im Jahre 1945 und die Entwertung der aus Kriegs-Inflationsgeld entstandenen Guthaben. Nach einer amtlichen Schätzung beliefen sich allein die von der Blockierung betroffenen privaten Guthaben auf 37 Mrd. RM. Im Umlauf blieben im sowjetischen Besatzungsgebiet 1945 etwa 15 Mrd. RM.

Diese inflationshemmende erste Maßnahme ist in ihrer Wirkung allerdings dadurch stark beeinträchtigt worden, daß die sowjetische Besatzungsmacht Bargeld in Umlauf brachte, das aus erbeuteten Bankkassenbeständen, aus Reservenotenbeständen der Reichsbank und auch aus dem Neudruck von Besatzungsgeld stammte. Auf diese Weise gelangten zusätzlich etwa 12 Mrd. RM in Umlauf.

Durch die Währungsreform vom Juni 1948 wurden die im Umlauf befindlichen 27 Mrd. RM auf 4,2 Mrd. DM-Ost reduziert. Es wurden zunächst Reichsmarknoten mit aufgeklebtem Kupon ausgegeben („Tapetenmark“), die am 24. Juli 1948 gegen neue Banknoten umgetauscht wurden. Der Bevölkerung wurden „Kopfquo-

ten" in neues Geld umgewechselt und darüber hinausgehende Beträge im Verhältnis 10 : 1 abgewertet. Anders als in Westdeutschland wurden auch die Kassenbestände der Banken umgetauscht. Die Guthaben und Kredite der Verwaltungen und der Organisationen und der inzwischen entstandenen volkseigenen Betriebe wurden von der Währungsreform wertmäßig überhaupt nicht berührt, sie wurden 1 : 1 umgestellt. Der Bargeldumlauf war daher sogleich wieder recht hoch.

Deshalb bestimmte eine Anordnung vom Oktober 1948, daß die staatlichen, kommunalen und volkseigenen Betriebe ihre im Juni 1948 im Verhältnis 1 : 1 umgewerteten Guthaben zu 60 % auf Sperrkonten zu übertragen hatten. Diese Maßnahme führte zwar zu einer Verknappung in den Kassen der Betriebe, wirkte sich jedoch auf den Umfang des Geldumlaufs nicht sonderlich aus, da die Bevölkerung das überschüssige Geld nicht gern zu den Banken und Sparkassen brachte, sondern im Schwarzhandel umsetzte (1948-1951) oder hortete. Am 31. Dezember 1948 befanden sich 3 358 Mill. DM-Ost im Umlauf außerhalb der Banken; etwa 2 Mrd. DM-Ost wären zu diesem Zeitpunkt ausreichend gewesen. Diese weitverbreitete Neigung zur Haltung einer privaten Bargeldreserve beschäftigte die Geldpolitik der Sowjetzone gerade in jüngster Vergangenheit wieder besonders stark.

DAS BANKWESEN DER SOWJETZONE

Schon 1945 hatte die sowjetische Besatzungsmacht mit dem Aufbau eines Geld- und Kreditapparates begonnen, der ihren Theorien entsprach und ihren Interessen diente. In den fünf Ländern Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg wurden öffentlich-rechtliche Landeskreditanstalten errichtet. Als weitere öffentliche Kreditinstitute entstanden einige Stadtbanken und zahlreiche Kreis- und Gemeindesparkassen. Den ehemaligen Genossenschaftsbanken wurde die Wiederaufnahme des Geschäftsbetriebes gestattet, während alle übrigen Altbanken liquidiert wurden.

Im Jahre 1947 erfolgte die Errichtung der fünf Landeszentralbanken („Emissions- und Giro“-Banken). Diese erhielten im Mai 1948 ihre organisatorische Spitze in der „Deutschen Emissions- und Girobank“. Im Juli 1948 erfolgte die Umbenennung in „Deutsche Notenbank“ und die Verleihung des alleinigen Notenausgaberechtes.

Die Deutsche Notenbank entwickelte sich zugleich zum zentralen Kreditinstitut der Sowjetzone. Sie ist das Hauptinstitut für kurzfristige Kredite, die Aufnahme- und Verrechnungstelle für die freien Mittel von Wirtschaft, Staat und Banken, das führende Institut für den Zahlungsverkehr und einzige Devisenbank. Durch die von ihr festgelegten verbindlichen Kreditrichtlinien und Limitfestsetzungen sowie durch die Anlagerichtlinien beherrscht sie die Deutsche Bauernbank, die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken.

Das Filialnetz der Deutschen Notenbank umfaßt 243 Niederlassungen. Die Deutsche Bauernbank ist an 181 Plätzen vertreten und kontrolliert über 3000 bäuer-

liche Handelsgenossenschaften. Die etwa 200 Sparkassen haben rund 2500 Nebenstellen. Gewerbliche Genossenschaftsbanken gibt es schließlich in 300 Kreisstädten und anderen größeren Städten.

Das kurzfristige Kreditgeschäft ist zwischen den Instituten nach der Kundschaft aufgeteilt. Behörden, volkseigene Betriebe und Privatbetriebe mit mehr als 10 Beschäftigten sind auf die Filialen der Deutschen Notenbank angewiesen. Handwerk und Handel erhalten kurzfristige Kredite von den gewerblichen Genossenschaftsbanken und auch von den Sparkassen; an letztere können sich auch Privatpersonen wenden. Die Deutsche Bauernbank ist für die „Landwirtschaftlichen Produktions-Genossenschaften“ zuständig, während selbständige Landwirte die bäuerlichen Handelsgenossenschaften in Anspruch nehmen müssen.

Langfristige Kredite bis zu 20 000 DM-Ost gewähren die Deutsche Bauernbank für die Landwirtschaft und die gewerblichen Genossenschaftsbanken und die Sparkassen für die private Investitionstätigkeit in Handwerk und Kleingewerbe. Langfristige Kredite über 20 000 DM-Ost gewährt die Deutsche Investitionsbank an private und staatliche Betriebe. Bei letzteren ist die Kredithöhe auf 50 000 DM-Ost begrenzt; normalerweise erhalten die Staatsbetriebe aus dem Staatshaushalt über die Deutsche Investitionsbank Investitionsmittel, die nach Beendigung der Bauten in das Eigenkapital der Betriebe übergehen. Die Mittel für die langfristigen Kredite an Privatbetriebe erhält die Deutsche Investitionsbank durch die allerdings nur in engen Grenzen vorgenommene Ausgabe von Schuldverschreibungen und Hypothekendarlehen; Hypothekendarlehen werden auch an das Publikum abgegeben.

Gliederung des Kreditgeschäftes am 31. 8. 1953

Kredite	Mill. DM-Ost
Kurzfristige Kredite	8029
davon: Deutsche Notenbank (mit Berliner Stadtkontor und sowjetischer Garantie- und Kreditbank)	7390
Bauernbank und bäuerliche Handelsgenossenschaften	482
Gewerbliche Genossenschaftsbanken	112
Sparkassen	45
Langfristige Kredite	1700

Die Tätigkeit der Kreditinstitute unterscheidet sich wesentlich von der der westlichen Banken. Von Bedeutung sind allein die Ansammlung des Bargeldes, der Überweisungsverkehr, das Bankeninkasso und die Kreditgewährung. Alle Betriebe haben die vereinnahmten Bargeldbeträge täglich bis auf einen geringfügigen Rest bei den Geldinstituten abzuliefern und dürfen Bargeld nur zu Lohnzahlungen verwenden. Alle übrigen Zahlungen müssen im Überweisungsverkehr erfolgen, der einfach und zweckmäßig eingerichtet ist. Forderungen in Höhe von über 500 DM-Ost werden, wenn Gläubiger oder Schuldner der volkseigenen oder genossenschaftlichen Wirtschaft angehören, nach Rechnungseingang bei der Bank von dieser vom Konto des Schuldners automatisch abgebucht. Der Scheck- und Wechselverkehr und das Wertpapiergeschäft sind demgegenüber bedeutungslos. Das Kreditgeschäft der gewerblichen Genossenschaftsbanken vollzieht sich nach Prinzipien, die den west-

lichen ähneln. Bei der Bauernbank, den bäuerlichen Handelsgenossenschaften und den Sparkassen ist dagegen die politische „Bonität“ des Kreditnehmers entscheidend.

Wieder völlig anderer Art ist die Kreditgewährung durch die Deutsche Notenbank an die volkseigenen Betriebe. Diese Betriebe werden planmäßig mit nur geringfügigen Eigenmitteln ausgestattet, wodurch sie zur Inanspruchnahme von Krediten gezwungen sind. Diese Kredite stehen den Betrieben auf Grund des Wirtschaftsplans zu. Sobald die Kredite in Anspruch genommen sind, haben die Filialen der Deutschen Notenbank die Möglichkeit, die Betriebe in allen Einzelheiten zu kontrollieren, das Vorhandensein von Sicherheiten zu prüfen und zu überwachen, ob die übereigneten Bestände an Waren, Rohstoffen, Forderungen usw. der in den Plänen vorgesehenen Höhe entsprechen. Es handelt sich also nicht um Kreditgeschäfte im marktwirtschaftlichen Sinne.

ENTWICKLUNG DES GELDVOLUMENS

Dieser straff organisierte Bankapparat ist das Instrument der staatlichen Geldpolitik. Ziel dieser Geldpolitik war und ist es, den Bargeldumlauf möglichst niedrig zu halten und den vorhandenen inflationistischen Tendenzen entgegenzuwirken.

Der Bargeldumlauf konnte im Jahre 1950 als normal bezeichnet werden. Er entsprach der Bevölkerungszahl, der weitgehend wieder erreichten Vollbeschäftigung, dem zur Verfügung stehenden Konsumgüterfonds und dem Preisniveau. Die Ausweitung der Produktion bis 1953 veränderte den Bargeldumlauf kaum, da die Zahlungen der Wirtschaft fast ausschließlich per Giralgeld erfolgten und die nicht sehr bedeutende Erhöhung des Konsumgüterfonds durch Preissenkungen ausgeglichen wurde. Die sehr beträchtliche Zunahme des im Umlauf befindlichen Bargeldes in den Jahren 1953 — 1957 ist offenbar darauf zurückzuführen, daß die Lohngehälter, die der staatliche Bankapparat den Betrieben laufend zur Verfügung stellen muß, nur zum Teil über die Ladenkassen und Sparkonten in den Bankapparat zurückgeflossen sind, so daß dieser genötigt war, zusätzliches Bargeld in Umlauf zu bringen.

Der Bargeldumlauf in der Sowjetzone

Zeitpunkt	Mill. DM-Ost
24. 6. 1948	2000
31. 12. 1948	3400
31. 12. 1950	3400
31. 12. 1952	3400
31. 12. 1953	3700
Ende 1954	4500
Januar bis Oktober 1957	5000—6000

Diese Herausziehung von Bargeld aus dem von der Geldpolitik der Sowjetzone gewünschten Kreislauf ist zum Teil von den Gehalts- und Lohnempfängern vorgenommen worden, die Einkäufe in Westberlin tätigen. Dieses Geld ist allerdings — vor allem über Unterstützungszahlungen an Bewohner der sowjetischen Zone — teilweise in den Geldkreislauf zurückgekehrt. Wesentlicher scheint die Herausziehung von Bargeld gewesen zu sein, die innerhalb der Zone erfolgte, um Käufe auf dem grauen Markt tätigen und stille Reserven als Notgroschen für den Fall der Flucht nach dem

Westen zurücklegen zu können. (Die Spareinlagen im sowjetzonalen Bankapparat beliefen sich trotz des aufgeblähten Geldumlaufs und geringer Kaufanreize 1955 auf nicht einmal 300 DM-Ost je Einwohner gegenüber 413 DM-West in der Bundesrepublik.) Durch den Notenumtausch vom 13. Oktober 1957 und die Anerkennungsklausel der die Umtauschquote überschreitenden Barbeträge hat man das „graue“ und gehortete Ostgeld wertlos machen wollen. Ob die Geldhortung infolge dieser Maßnahme aufhört, läßt sich noch nicht übersehen. Da derartige Umtauschaktionen schon aus technischen Gründen und wegen der Kosten nicht allzu oft wiederholt werden können, mögen sich bald wieder neue stille Bargeldreserven in der Bevölkerung ansammeln. Wahrscheinlicher ist allerdings, daß sich die Menschen, die mit der Möglichkeit eines plötzlichen Notstandes und der eventuellen Notwendigkeit der Flucht rechnen, in Zukunft mehr als bisher DM-West „im Strumpf“ sparen werden.

Parallel zur Erhöhung des Bargeldumlaufes der letzten Jahre ergab sich eine Kreditausweitung.

Entwicklung der kurzfristigen Kredite (in Mrd. DM-Ost)

Zeitpunkt	Richtsatz-, Saison- und Sonder- kredite	RE- Kredite	überfällige Kredite	Kredite insgesamt
1950	3,1	—	0,6	3,7
1953 (30. 11.)	5,7	1,4	2,2	9,3
1955	8,1	3,5	2,9	14,5

Die „RE“-Kredite (nach dem Bankinkasso der Sowjetzone, dem „Rechnungs-Einzugsverfahren“, benannt) und die bei Terminüberschreitungen im „RE“-Verfahren entstehenden „überfälligen“ Kredite ergeben sich aus dieser sowjetischen Zahlungsform und sind keine echte Kreditausweitung.

Eine echte Kreditausweitung liegt dagegen bei den in der Planwirtschaft der Sowjetzone üblichen Richtsatz-, Saison- und Sonderkrediten vor. Die Zunahme von 3 auf 8 Mrd. DM-Ost bis 1955 ist im wesentlichen auf die Zunahme des Wirtschaftsvolumens zurückzuführen. Übersehen werden darf allerdings nicht, daß in der Gesamtsumme in nennenswertem Umfang planwidrige Kredite enthalten sind, die in der Industrie entstanden, weil die Fertigstellung der Aufträge durch das Ausbleiben von Einzelteilen verzögert wurde, und im Handel, weil sich auf den Lägern mancherlei unabsetzbare Waren angesammelt haben.

WAHRUNG UND PREISPOLITIK

Preispolitik, Verbrauchsteuern und Subventionen werden von der Sowjetzonen-Regierung als Instrumente zur Manipulierung und Differenzierung des Wertes der DM-Ost eingesetzt.

Die sowjetzonale Preispolitik ging ursprünglich von den Stoppreisen von 1944 aus. Im Zuge von Lohnerhöhungen, die nur selten durch Rationalisierungsmaßnahmen aufgefangen werden konnten, wurde es in zunehmendem Maße notwendig, neue, höhere Preise festzusetzen, die aber nach Käufergruppen und mit Hilfe der Rationierung differenziert wurden. Das auf diese Weise entstandene Chaos soll durch eine

neue Preispolitik beseitigt werden, deren Grundsätze bereits 1953 beschlossen wurden. Danach sollen im Bereich der Produktion je Produkt und Qualität einheitliche Festpreise gebildet werden, während in der Konsumtion Waren- und Kauffonds planmäßig übereinstimmen müssen. In der Praxis bedeutet das niedrige Preise für die Rohstoffe und Investitionsgüter und hohe Preise für die Fertigwaren und Verbrauchsgüter. Ab 1955 wurden derartige Preisneuregelungen in größerem Umfang in Kraft gesetzt. Dabei war man bemüht, zunächst den Kostenpreis festzustellen und sodann die tragbare oder wirtschaftspolitisch erwünschte Höhe der Besteuerung zu bestimmen.

Diese Preiserhöhungen bei Fertigwaren und speziell bei Konsumgütern mit Hilfe der Verbrauchsteuern, der HO-Akzise und der Haushaltsaufschläge führten dazu, daß die steuerliche Pro-Kopf-Belastung in der Sowjetzone 1955 mit rd. 1405 DM-Ost fast doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik war (761 DM-West).

Die Einnahmen aus den Verbrauchsteuern dienen z. T. der Subventionierung der Landwirtschaft. Die an die Landwirtschaft für die Pflichtablieferung gezahlten Erfassungspreise decken die Kosten kaum. Deshalb werden für freiwillige Spitzenverkäufe überhöhte Aufkaufpreise gezahlt. Die Sowjetzonen-Regierung erreicht hierdurch billige Grundnahrungsmittel (für die Versorgung auf Lebensmittelkarten), eine Kostendeckung vor allem der kleineren landwirtschaftlichen Betriebe und eine Lenkung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Die Aufkaufpreise erforderten 1954 Staatszuschüsse in Höhe von 2,4 Mrd. DM-Ost.

Erfassungs- und Aufkaufpreise 1956

(in DM-Ost)

Ware	Einheit	Erfassungspreis	Aufkaufpreis
Roggen	100 kg	21,0	31,5
Weizen	100 kg	21,5	43,0
Speisekartoffeln	100 kg	7,2	12,0
Zuckerrüben	100 kg	4,5	6,0
Kühe, B, Lebendgewicht	100 kg	143,0	310,0
Kälber, B, Lebendgewicht	100 kg	147,0	354,0
Schweine, C, Lebendgewicht	100 kg	162,0	457,0
Milch bei 3,5% Fett	kg	0,24	0,70
Eier	Stück	0,13	0,40

Subventionen ganz anderer Art benötigt der Außenhandel. Diese Subventionen dienen dazu, die Binnenwirtschaft preislich gegen das andersartige Preisgefüge des Auslandes abzuschirmen. Die Binnenhandelszentralen der Sowjetzone kaufen die Importwaren zu Inlandsfestpreisen von den Außenhandelsunternehmen. Exportlieferungen werden in gleicher Weise von den Herstellerbetrieben zu Inlandsfestpreisen dem Außenhandel berechnet. Dieser hat die Preisdifferenzen zwischen den Binnenpreisen und den Weltmarktpreisen auszugleichen. Hierzu benötigt er aus dem Staatshaushalt jährlich etwa 3 Mrd. DM-Ost, da durchweg zu teuer importiert und zu billig exportiert wird. Das gilt besonders für den Handelsverkehr mit der Sowjetunion und mit den westlichen Ländern.

VORZUGSKURS

Die Vielzahl der planwirtschaftlichen und der preis- und steuerpolitischen Maßnahmen der Sowjetzonen-Regierung hat zu einer sehr beachtlichen Vorzugskaufkraft derjenigen Ostmark geführt, die von den

Behörden oder Staatsbetrieben zur Bezahlung planmäßiger Leistungen und Lieferungen untereinander verwendet wird.

Es sind keineswegs unbedeutende Summen an DM-Ost, für die das gilt. Die Investitionen in der staatlichen Industrie, die Lieferungen innerhalb der verschiedenen Produktionsstufen der Industrie und auch die Lieferungen an den Außenhandel ergeben jährlich viele Milliarden Ostmark. Und will man bei den Lieferungen an den staatlichen Groß- und Einzelhandel die bereits in der Produktionsstufe erhobenen Verbrauchersteuern ausklammern, so ergeben sich weitere Milliardenumsätze in DM-Ost zum Vorzugskurs.

Diesen Vorzugskurs in Zahlen auszudrücken, ist infolge der unterschiedlich manipulierten Preise schwierig. Eine grobe Schätzung mag eine Kaufkraft von 1,50 DM-West und mehr für 1 DM-Ost ergeben. An diesen Tatbestand mag man in Ostberlin gedacht haben, als man die Goldparität der DM-Ost auf 2,22 DM-Ost für 1 US-\$ festlegte.

Bemerkt sei nun aber, daß diese DM-Ost mit dem hohen Vorzugskurs nur insoweit Kaufkraft besitzt, als sie für Lieferungen und Leistungen verrechnet wird, die im Volkswirtschaftsplan festgelegt sind. Weiter sei festgehalten, daß sich die genannten Lieferungen und Leistungen durchweg zwischen den staatlichen Unternehmen vollziehen und der Vermögensstand des Staates durch die Transaktionen nicht verändert wird. Diese sehr kaufkräftige Ostmark — kaufkräftig, insoweit man eine nach Planbefehl vorgenommene Lieferung als „Verkauf“ und „Kauf“ bezeichnen will — ist also kaum als Zahlungsmittel, sondern eher als Verrechnungseinheit anzusprechen.

BINNENMARKTKURS

Die DM-Ost im Besitz eines privaten Betriebes ist hingegen von anderem Charakter. Im Sektor der privatwirtschaftlichen Produktion und Distribution, also im Bereich der privaten Kleinindustrie, der Handwerksbetriebe und der privaten Ladengeschäfte, sind die Gesetze der Marktwirtschaft noch eingeschränkt wirksam. Nicht die Pläne, sondern die Nachfrage und die eigene Initiative bestimmen das Verhalten des Kleingewerbes. Die Einflußnahme des Staates erfolgt über die Steuer-, Preis- und Kreditpolitik sowie über die Materialkontingente, also mit Methoden, die auch in der westlichen Welt bekannt sind. Entscheidend ist, daß im privatwirtschaftlichen Sektor mittels der DM-Ost nichtgeplante Käufe und Verkäufe sowie Dienstleistungen zwischen selbständigen Unternehmen und Personen getätigt werden, daß die DM-Ost hier — in Grenzen — eine echte Kaufkraft besitzt und mit ihr auch Produktionsmittel und Rohstoffe gekauft werden können.

Der Kurs dieser DM-Ost ergibt sich aus verschiedenen Faktoren. Zahlreiche Rohstoffe sind dank der Preispolitik billig, aber infolge der Kontingentierung häufig nicht oder nicht termingerecht greifbar. Dann muß auf Ausweichstoffe oder auf den grauen Markt zurückgegriffen werden. Das gilt für die kleinen Fabrikationsbetriebe, für die Handwerker und für die

Bauern in gleicher Weise, weniger natürlich für den Detailhandel. Diese Umwege in der Materialbeschaffung wirken kostensteigernd. Die Kaufkraft dieser DM-Ost ist deshalb von Fall zu Fall verschieden und bewegt sich zwischen 1,50 DM-West und 0,25 DM-West für 1 DM-Ost.

KONSUMGÜTERKAUFKRAFT

Es ist nicht ganz einfach, die Kaufkraft der DM-Ost im Portemonnaie des Verbrauchers zahlenmäßig zu bestimmen. Zwar lassen sich die Einkünfte, Gehälter, Löhne und Renten mit denen eines westlichen Landes vergleichen. Dagegen weichen bei den Konsumgütern und Dienstleistungen Wert und Preis oft erheblich voneinander ab. Mieten, Heizung und Beleuchtung, Berufsverkehr, Schul- und Berufsausbildung der Kinder, Bücher und Urlaubsreisen sind billiger als in der Bundesrepublik. Billiger sind ferner die rationierten Lebensmittel.

Preisvergleich der rationierten Lebensmittel 1955

Ware	Einheit	Bundesrepublik in DM-West	Sowjetzone in DM-Ost		
			rationiert	frei (HO)	Durchschnitt ¹⁾
Zucker	kg	1,35	1,16	3,—	1,53
Rindfleisch	kg	4,20	3,14	12,—	6,68
Schweinebauch	kg	3,80	2,10	9,60	5,10
Jagdwurst	kg	5,—	3,60	14,—	7,76
Butter	kg	6,20	4,20	20,—	7,36
Margarine	kg	1,30	2,20	8,—	3,36
Eier	Stück	0,22	0,15	0,45	0,27

¹⁾ Es wird angenommen, daß der Bedarf der mitteldeutschen Bevölkerung an Fleisch zu 60% in Kartenpreisen gedeckt wird und der Bedarf an Fett und Zucker zu 80%. Für die restlichen 40 bzw. 20% müssen die Verbraucher die HO-Preise bezahlen.

Die Preise der heute frei verkäuflichen Lebensmittel wurden nach der Aufhebung der Rationierung nicht unwesentlich heraufgesetzt und liegen jetzt über den westdeutschen Preisen.

Preisvergleich der nichtrationierten Lebensmittel 1955

Ware	Einheit	Bundesrepublik in DM-West	Sowjetzone in DM-Ost
Vollmilch	l	0,40	1,12
Weißbrot	kg	0,95	1,20
Makkaroni ohne Ei	kg	1,20	2,76
Neue Kartoffeln	kg	0,22	0,36
Aprikosen (Konserven)	kg	3,—	8,—
Pfeffer, weiß	kg	8,—	200,—

Ausgesprochen teuer sind in der Sowjetzone Genussmittel und Bekleidung.

Preisvergleich für Genussmittel und Kleidung 1955

Ware	Einheit	Bundesrepublik in DM-West	Sowjetzone in DM-Ost
Schokolade	100 g	1,06	5,40
Bohnenkaffee	kg	21,—	80,—
Arbeitsanzug, Zell-/Baumwolle	Stück	19,60	43,86
Anzugstoff, Kammgarn	m	28,50	109,—
Herrenledermantel	Stück	201,25	629,27
Herrenstrassenschuhe, Boxcalf	Paar	30,—	119,34
Besohlen, Ledersohle mit Absatz	Paar	6,50	20,—
Damenkostüm, etwa 50% wollhaltig	Stück	100,—	280,—
Damenstrümpfe, Perlon, 1. Wahl	Paar	4,90	25,—
Regenschirm, einfache Qualität	Stück	10,—	56,10

Die Errechnung der durchschnittlichen Konsumgüterkaufkraft der DM-Ost muß davon ausgehen, daß sich bei den Beziehern kleiner Einkommen die niedrigen Preise der bewirtschafteten Lebensmittel, der Mieten, der Kohlen usw. günstig auswirken, während die

Bezieher höherer Einkommen für die nicht bewirtschafteten Lebensmittel und Industriewaren stark überhöhte Preise bezahlen müssen. Aber auch innerhalb eines Haushaltes differenziert sich ziemlich unabhängig von der Zahl der mitverdienenden Familienmitglieder die Kaufkraft nach dem Grad der Lebensnotwendigkeit der verschiedenen Güter. Nach dieser Stufenleiter ergibt sich etwa folgende Kaufkraftskala:

die ersten 100 DM-Ost	} haben eine Kaufkraft von	{	100 DM-West
die zweiten 100 DM-Ost			90 DM-West
die dritten 100 DM-Ost			80 DM-West
die vierten 100 DM-Ost			60 DM-West
die fünften 100 DM-Ost			50 DM-West
darüber hinaus haben je 100 DM-Ost			eine Kaufkraft von 40 DM-West

Da nun das durchschnittliche Einkommen je Haushalt mit 500 DM-Ost angenommen werden kann, ergibt sich eine Durchschnittskaufkraft dieser 500 DM-Ost von 370 DM-West oder ein Durchschnittskaufkraftkurs der DM-Ost von 0,74 DM-West.

BERLINER WECHSELSTUBENKURS

Unmittelbar nach der Währungsreform in den drei Westzonen und der Sowjetzone im Juni 1948 bildete sich in Berlin ein freier Umrechnungskurs zwischen Ost- und Westmark. Dieser Kurs wird seit August 1948 täglich entsprechend dem Angebot und der Nachfrage neu festgelegt, er ist für die Westberliner Wechselstuben und Banken verbindlich.

Im Juli 1948 wurde 1 DM-West zunächst mit 2 DM-Ost bewertet. Das wachsende Warenangebot in Westberlin lockte zunehmend Käufer aus dem Ostsektor und der Zone nach Westberlin; dadurch steigerte sich die Nachfrage nach Westmark, und die Ostmark fiel schon bis Herbst 1948 auf 4,30 DM-Ost für 1 DM-West. Während der Transportblockade Westberlins durch die Sowjets 1948/49 kauften viele Westberliner in Ostberlin Lebensmittel (vor allem Brot). Dadurch stieg die Ostmark auf 3,30 DM-Ost für 1 DM-West, sank nach der Aufhebung der Blockade jedoch wieder ab und erreichte im Juli 1949 bei 5,70 DM-Ost für 1 DM-West eine vorübergehende Stabilität. Bis zum Frühjahr 1950 ergab sich sodann ein weiterer Kursrückgang auf 7,50 DM-Ost für 1 DM-West. Diese Entwicklung ergab sich aus der zunehmenden Nachfrage nach DM-West für den Einkauf in Westberlin und aus dem stark angestiegenen Ostmarkangebot durch enteignete Gewerbetreibende der Zone sowie durch Schwarzhändler. Der Schwarzhandel hörte allerdings nach den ersten spürbaren HO-Preissenkungen auf. Der Rückgang des Ostmarkangebots in der zweiten Hälfte des Jahres 1950 und im Jahre 1951 festigte den Ostmarkkurs; dieser erreichte im Oktober 1951 wieder 3,60 DM-Ost für 1 DM-West. Die Vernachlässigung der Konsumgüterindustrie im Fünfjahresplan der Sowjetzone und die verschärfte Verfolgung der privaten Geschäftsleute nach der Proklamation des „Aufbaus des Sozialismus“ im Juli 1952 führten zu erneuten Kursrückgängen der Ostmark. Als im Dezember 1952 zudem den Westberlinern der Einkauf im Ostsektor Berlins durch die Behörden der Sowjetzone verboten wurde, sank der Ostmarkkurs im Dezember 1952 auf 5,50 und im Mai 1953 auf 6,20 für 1 DM-West ab. Nach den sowjetzonalen Minister-

ratsbeschlüssen vom Juni 1953 über den „Neuen Kurs“ erholte sich die Ostmark wieder, da das Angebot an Fluchtgeldern zurückging, sie hat sich auf etwa 4,50 DM-Ost für 1 DM-West eingependelt und diesen Stand bis zum 12. Oktober 1957 bewahrt.

Die gleichbleibende Nachfrage nach der DM-West ergibt sich aus dem ständigen Zustrom von Flüchtlingen aus der Sowjetzone, die ihre Ostmarkbestände in Westmark umwechseln, ferner infolge der regelmäßigen Einkaufsreisen der Bewohner der sowjetischen Zone, die ihren gehobenen Bedarf an Textilien, aber auch an Schuhen, Kleisenwaren, Olfarben und Medikamenten in Westberlin decken.

Demgegenüber sind die Verwendungsmöglichkeiten der Ostmark für Westberliner und Westdeutsche sehr begrenzt. Legal können sie im sowjetischen Sektor Berlins nur gewisse Bücher und Zeitungen kaufen, das Dienstleistungshandwerk (Schneider, Friseur) in Anspruch nehmen und die Kultureinrichtungen besuchen. Eine gewisse Rolle spielt noch der illegale Einkauf von Lebensmitteln durch Ostberliner Verwandte und Freunde der Westberliner Arbeitslosen, ferner der Schmuggel mit Pelzwaren, Photoapparaten, Schreibmaschinen und Kristall aus der Sowjetzone. Im übrigen scheinen für private Unterstützungs- und Unterhaltszahlungen beträchtliche Ostmarkbeträge von Westbewohnern eingewechselt zu werden. Anders wäre es kaum zu erklären, daß im Jahre 1956 in den Westberliner und westdeutschen Wechselstuben und Banken 900 Mill. DM-Ost verkauft wurden.

Grundlegende Änderungen im Wechselgeschäft werden sich infolge des sowjetzonalen Banknotenumtausches vom Oktober 1957 kaum ergeben. Zwar wird das Ostmarkangebot zunächst geringer sein, da nur wenig Fluchtkapital auf dem Markt erscheinen kann. Unverändert besteht jedoch die Nachfrage der Ostberliner und ostzonalen Bevölkerung nach Westberliner Waren. Diese Nachfrage wird sogar um so stärker in Erscheinung treten, je günstiger die neue DM-Ost zunächst gehandelt wird. Eine verstärkte Nachfrage nach Westmark und Westwaren wird dann allerdings auf den Kurs der neuen DM-Ost drücken.

Dieser eigenartige Westberliner Wechselstubenkurs der DM-Ost ist kein Devisenkurs und vor allem kein Spiegelbild der Kaufkraft der DM-Ost in der Sowjetzone. Er ergibt sich aus dem ständigen starken Angebot an Ostmark, dem keine entsprechende Nachfrage gegenübersteht, da die Verwendungsmöglichkeit des Ostgeldes, das sich im Besitz von Westbewohnern befindet, beschränkt ist.

AMTLICHE DEWISENKURSE

Der amtliche Wechselkurs der DM-Ost wurde 1948 mit 1,25 DM-West für 1 DM-Ost festgelegt, im September 1949 auf 1 : 1 gesenkt und am 1. November 1953 auf einen Feingoldgehalt von 0,399902 g für 1 DM-Ost erhöht. Das entspricht einem Kurs von 1,89

DM-West für 1 DM-Ost. Die Goldankauf- und Einlösungspflicht wurde natürlich nicht eingeführt. Dagegen wurden amtliche Devisenkurse bekanntgegeben.

Ostberliner amtliche Devisenkurse seit dem 1. Nov. 1953

Land	Währungseinheit	Parität
Bulgarien	100 Lewa	32,68 DM-Ost
Polen	100 Zloty	55,56 DM-Ost
Rumänien	100 Lei	19,84 DM-Ost
Tschechoslowakei	100 Kčs	30,86 DM-Ost
Ungarn	100 Forint	18,93 DM-Ost
Sowjetunion	100 Rubel	56,— DM-Ost
Bundesrepublik	100 DM-West	52,91 DM-Ost
Großbritannien	1 £-Sterling	6,22 DM-Ost
USA	1 US-\$	2,22 DM-Ost

Dieser amtliche Kurs hat nur geringe praktische Bedeutung, denn er kommt nur Ausländern gegenüber zur Anwendung, die sich in der Sowjetzone aufhalten. Auch hier werden bei der Leipziger Messe Ausnahmen gemacht und 1 DM-Ost mit etwa 0,95 DM-West berechnet. Im innerdeutschen Reiseverkehr wenden die Eisenbahn und die Polizei der Sowjetzone den alten Umrechnungskurs von 1 : 1 an. Dieser Kurs gilt für die Fahrpreise, die Speisen und Getränke in den Speisewagen und die Strafgebühren auf den Autobahnen.

Im Interzonenhandel und im Außenhandel mit den westlichen Ländern werden die beiderseitigen Lieferungen und Bezüge in westlichen Preisen ausgehandelt und verrechnet. Auch bei den geringfügigen Importen und Exporten gegen freie Valuta liegen die Weltmarktpreise des Westens zugrunde.

Der Außenhandel mit den Ostblockländern ist anderer Art. Die Grundzüge der gegenseitigen Lieferungen werden im „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ in Moskau langfristig geplant. Die Preise sind bei diesen Lieferungen nicht von primärer Bedeutung, werden aber bei der Festlegung der Einzelkontrakte dennoch mit aller Hartnäckigkeit ausgehandelt.

Oft lassen sich dabei von seiten der Sowjetzone weder die Binnenpreise noch der amtliche Wechselkurs durchsetzen. Im Handelsverkehr mit der Sowjetunion mußten die Zonenbehörden im übrigen auf den amtlichen Kurs von 1 DM-Ost = 1,80 Rubel verzichten und einen Kurs von 1,20 Rubel = 1 DM-Ost akzeptieren. Dadurch verringern sich für die Zone die Rubelerlöse aus den sehr umfangreichen Exporten nach der Sowjetunion; zugleich erhöht sich natürlich der Aufwand an Ostmark für die ebenfalls sehr bedeutenden Importe aus der Sowjetunion.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß der amtliche Goldkurs der DM-Ost nur fiktiven Wert hat. In der Praxis wird von den sowjetzonalen Behörden stets versucht, an Hand der Weltmarktpreise möglichst vorteilhafte Abschlüsse zu erzielen, ohne daß die Frage des Außenkurses der DM-Ost erörtert wird. An den internationalen Börsen wird die DM-Ost nicht gehandelt.

Bezugspreise für den WIRTSCHAFTSDIENST: Einzelpreis: DM 3,50, vierteljähr. DM 10,—, mit Beilage „Weltkartei der Wirtschaftspresse“ vierteljähr. DM 36,— oder mit „Bibliographie der Wirtschaftspresse“ vierteljähr. DM 36,—. Zu beziehen vom Verlag Weltarchiv GmbH., Hamburg 36, Poststr. 11, oder durch den Buchhandel